



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld SPD**

Personenbezogene Registrierung der Beschäftigten bei öffentlichen Bauaufträgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine personenbezogene Registrierung bzw. Einlasskontrolle der im Rahmen öffentlicher Bauaufträge beschäftigten Personen (bspw. mittels Chipkarte) standardmäßig gewährleistet wird.

Hierfür entwickelt die Staatsregierung ein entsprechendes Konzept und berichtet dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration schriftlich und mündlich.

Begründung:

Immer wieder kommt es bei staatlichen Bauaufträgen zu Betrugsfällen. Wie Kontrolleure wiederholt berichten, herrscht in diesem Zusammenhang oft auch Unklarheit darüber, welche Personen sich auf der Baustelle aufhalten bzw. im Rahmen des jeweiligen Bauauftrags beschäftigt sind. Sie schlagen daher vor, eine möglichst unkomplizierte personenbezogene Registrierung der Beschäftigten standardmäßig auf den Weg zu bringen, bspw. mittels eines WLAN-basierten Chipkartensystems auf einem geschlossenen Areal. Dies wäre eine Erleichterung für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kontrolleure. Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechende Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen und ggf. in die Wege zu leiten.